

31. Juli 1951

1400

## Kirche und Staat in unserer Zeit

Aus einem Brief an Professor Barth

Der Richtungsstreit innerhalb der protestantischen Kirche hat zu einer Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat im Kanton Bern, genauer zwischen einzelnen Exponenten der theologischen Schule Karl Barths und dem bernischen Kirchendirektor, Regierungsrat Feldmann, geführt, der im ganzen Schweizerlande und wohl darüber hinaus grösste Beachtung zuteil wurde. Vor das Forum der Öffentlichkeit gelangte der Konflikt erstmals, als im Verwaltungsbericht der bernischen Kirchendirektion für 1949 das mangelnde Interesse gewisser kirchlicher Kreise an unserer demokratischen Staatsform festgestellt wurde. Der betreffende Passus löste verschiedene parlamentarische Anfragen aus, auf die Regierungsrat Feldmann im September 1950 näher eintrat. Seine Erklärungen riefen Professor Karl Barth auf den Plan, der vom Kirchendirektor eine Aussprache verlangte. Der Kirchendirektor ging darauf ein, wünschte jedoch vorher die schriftliche Fixierung der Fragen, die besprochen werden sollten, worauf sich dann ein Briefwechsel zwischen den beiden Persönlichkeiten ergab, der nun in einer 75seitigen Broschüre veröffentlicht worden ist.

Diese Dokumentensammlung und namentlich ein darin enthaltener Brief von Regierungsrat Feldmann, der auf 39 Seiten eine gründliche und umfassende Abrechnung mit der Haltung der positivistischen Richtung Karl Barths darstellt, verdient weiteste Verbreitung, befasst sie sich doch mit Dingen, die jeden Christen gleicherweise wie jeden um das Wohl seines Landes besorgten schweizerischen Staatsbürger angehen. Wir zitieren hier lediglich den Abschnitt aus dem erwähnten Brief Feldmanns zur Stellung der Kirche gegenüber dem demokratischen Staat. Feldmann beruft sich auf Karl Barths Schrift «Christengemeinde und Bürgergemeinde» und schreibt dazu: «Auf Seite 15 Ihrer Schrift lehnen Sie es ab, das ‚demokratische‘ Konzept als das christliche gegen alle andern auszuspielen; an anderen Stellen betonen Sie dann doch wieder: ‚Der mündige Christ kann nur ein mündiger Bürger sein wollen und er kann auch seinen Mitbürgern nur zumuten, als mündige Menschen zu existieren.‘ Das ist das christliche Bekenntnis zur Demokratie, welches Sie auf Seite 15 Ihrer Schrift ausdrücklich ablehnen. Wenn Sie die ‚Tyrannei‘ im Prinzip ablehnen, weshalb denn auf Seite 28 und 36 die gedankliche Spielerei mit der Diktatur? Jede Diktatur ist ihrem Wesen nach Tyrannei; man kann doch wohl kaum gleichzeitig die Staatsform der Tyrannei ablehnen und dann doch wieder die Auffassung vertreten, dass der rechte Staat gelegentlich sogar die Gestalt der Diktatur tragen könne.

Die Diktatur ist die Tyrannei, welche Sie im Prinzip verwerfen; die Tyrannei ist die Diktatur, deren Berechtigung Sie im Prinzip anerkennen. Das sind unlösbare Widersprüche. Man kann nicht als recht ansehen, was man verwirft. Wie soll man sich diese seltsamen Widersprüche erklären? Entspringen sie nicht dem Wunsch, sich nach keiner Seite hin festzulegen oder behaften zu lassen? Hält man auf diese Weise nicht einfach ‚für alle Fälle‘ und ‚für jeden etwas‘ bereit? Sei dem, wie es sei: Die heutige Zeit verlangt jedenfalls eine klarere Stellungnahme zu den freiheitlichen demokratischen Staatsgrundlagen von einer Kirche, die eine von einem freiheitlichen, demokratischen Staate anerkannte Landeskirche sein will. Mit dem Willen unseres Volkes, seine Freiheit zu wahren und zu verteidigen, hat auch eine

Landeskirche zu rechnen, will sie nicht jeden Einfluss auf den Gang der politischen Entwicklung verlieren. Unklarheit und Inkonsistenz in der Stellungnahme zu den Existenzgrundlagen der Demokratie zeigt sich besonders deutlich auch in Ihrem seltsamen Urteil über die politischen Parteien, bezeichnen Sie doch die politischen Parteien expressis verbis als ‚eines der fragwürdigsten Phänomene des politischen Lebens: keinesfalls seine konstitutiven Elemente, vielleicht von jeher krankhafte, auf jeden Fall nur sekundäre Erscheinungen‘. Sind Sie sich der Tatsache bewusst, dass eine wirklich freiheitlich organisierte und nach freiheitlichen Grundsätzen geführte Demokratie ohne die Existenz verschiedener politischer Parteien überhaupt nicht bestehen kann? Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle der Parteien treten: Einparteiensstaat? — dann wären wir wieder bei Ihrer Auffassung angelangt, dass auch die Diktatur einen ‚rechten‘ Staat darstellen könne — oder ein Keinsparteiensstaat — wie denken Sie sich in diesem Falle die Lösung der Aufgabe, welche heute die politischen Parteien in der politischen Aufklärung der Bürgerschaft, in der Stellungnahme zu Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die politischen Parteien sind an und für sich als Institutionen weder fragwürdige noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die notwen-

digen Instrumente der Meinungsbildung, Meinungsäusserung und Willensbildung in jeder Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung nun eben kein ‚vielleicht, vielleicht auch nicht‘ oder ‚sowohl — als auch‘, sondern es gibt nur ein klares Entweder-Oder: Wer Ja sagt zur freiheitlichen, demokratischen Staatsform, muss auch Ja sagen zum Bestehen verschiedener politischer Parteien und kann sie jedenfalls nicht als fragwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens betrachten; wer die Existenzberechtigung der politischen Parteien verneint, sagt damit auch Nein zur Staatsform der Demokratie. Dass heute mit führenden Vertretern der Kirche über derart elementare staatspolitische Grunderkenntnisse überhaupt Auseinandersetzungen stattfinden müssen, ist jedenfalls ein weiteres untrügliches Anzeichen für die kaum mehr zu verantwortende ‚Distanz‘, mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volkes gegenüberstehen.

Es war unter solchen Umständen nicht übertrieben, wenn der letzte Verwaltungsratsbericht der Kirchendirektion andeutete, ‚dass in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht‘. Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Mass dieses Desinteressement mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren betrachtet.»